

Außerordentlicher
Landesparteitag
am 29. 9. 1979

Anlage 5

Drucksache Nr.: D 16
Landesvorstand
(in der beschlossenen Fassung)

Betr.: Energiepolitik

Der Bundesparteitag möge beschließen:

I

1. Es ist die politische Aufgabe der 80er und 90er Jahre, das quantitative Wirtschaftswachstum in eine qualitative Vermehrung der Produktion umzusteuern und gleichzeitig Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch zu entkoppeln und die Vollbeschäftigung sicherzustellen.

Die weltweite Energiekrise einschließlich der Umweltproblematik zwingt insbesondere die Industrienationen, die quantitativen Betrachtungen des Wirtschaftswachstums zu verändern und stärker als bisher die Qualität des menschlichen Lebens für die Zukunft zu berücksichtigen.

2. Angesichts des weltweit steigenden Energiebedarfs, der Begrenztheit fossiler Energieträger, bestehender politischer und ökonomischer Risiken beim Öl und der Notwendigkeit, die Belastung der Umwelt zu begrenzen, ist vorrangige Aufgabe sozialdemokratischer Energiepolitik:

- die rationelle und sparsame Energieverwendung in allen Anwendungsbereichen durchzusetzen, insbesondere den Verbrauch an Mineralöl und elektrischem Strom zu begrenzen,
- eine ausreichende Versorgung mit Energie durch ein Energieversorgungssystem sicherzustellen, das größtmögliche Sicherheit gegen politische, ökonomische und technische Störungen bietet, insbesondere die ökologische Belastung der Umwelt in Grenzen hält sozial verträglich ist und nicht zu Lasten anderer Völker geht,
- Ausbau und Erhalt eines hohen Beschäftigungsgrades bei Umorientierung der Produktion auf energiesparende Techniken und Produktionsprozesse.

3. Bessere Nutzung und Einsparen von Energie haben entscheidende Vorteile gegenüber traditioneller Verwendung von Energie:

- Die Versorgungssicherheit steigt,
- geringes Wachstum des Energieverbrauchs erzeugt weniger Umweltprobleme,
- Investitionen zum Zweck des Energiesparens und der rationellen Energieanwendung können - wie auch die meisten technologischen Umstellungen - positive Beschäftigungseffekte auslösen.

Die Ansätze zu einer Veränderung der Energiepolitik, wie sie auf dem Hamburger Parteitag der SPD und in den Programmen der Bundesregierung eingeleitet worden sind, müssen weiter entwickelt werden. Die Umstellung auf die energie- und rohstoffsparenden Notwendigkeiten der Zukunft muß sorgfältig eingeleitet werden und darf nicht plötzlich ohne Vorbereitung der Öffentlichkeit stattfinden. Wirt-

schaft und Gesellschaft müssen Zeit zur Umstellung haben, damit soziale Krisen vermieden werden.

II

An konkreten Maßnahmen sind zu fordern

1. Auf dem Gebiet des Energiesparens im Bereich

a) der Privathaushalte und des Kleingewerbes

- Heizung und Warmwasserbereitung (in diesem Bereich besteht ein außerordentlich hoher Verbrauch von Primärenergie, insbesondere von Öl)

Zu fördern sind hier insbesondere Maßnahmen zur

- Wärmedämmung (einschließlich Isolierverglasung)
- individuelle Verbrauchsmessungen in allen Häusern und Wohnungen
- Wärmerückgewinnung aus Abwasser
- Regelungsanlagen für Tag-, Nacht- und Einzelzimmerverbrauch
- Einschränkung und Verbesserung stromverbrauchender Haushaltsgeräte
- verbesserte Wärmedämmung (insbesondere bei Kühl- und Tiefkühlschränken)
- Warmwasserbereitstellung (speziell für Waschmaschinen) durch Anschluß an nichtelektrische Warmwasserversorgung
- schnelle Erarbeitung verbindlicher Ziele für die Verbesserung der Haushaltsgeräte mit der Industrie
- Kennzeichnungspflicht für Jahresnormverbrauch
- Durchsetzung von Höchstverbrauchsstandards
- Verbesserung der Wirkungsgrade von Elektromotoren

Es ist sicherzustellen, daß die hier aufgeführten Maßnahmen für den einzelnen Bürger nicht zu unzumutbaren finanziellen Belastungen führen

b) Industrie und Landwirtschaft

- Die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Energieversorgungsunternehmen so zu nutzen, daß diese ihre Geschäftspolitik langfristig auf Reduzierung des Energieverbrauchs abstellen (z.B. durch verbrauchs- und sozialpolitisch orientierte Energieta-rife, Einstellung der Werbung für Energieverbrauch)
- Verstärkter Einsatz von Wärmerückgewinnungsanlagen
- energiesparende und umweltfreundliche Landbaumethoden
- Beschränkung des Einsatzes von Umweltchemikalien auf das unumgängliche Maß
- Einsatz von Wärmepumpen
- Gewinnung von Biogas in der Landwirtschaft
- Prüfung aller energieintensiven Investitionen
- Ersatz energieintensiver Verfahren durch sparsame Technologien
- Einspeisen überschüssiger Abwärme in Fernwärmenetze

c) der öffentlichen Einrichtungen

- Reduzierung des Energieverbrauchs in allen öffentlichen Einrichtungen auf ein beispielhaftes Maß
- beim Neubau öffentlicher Einrichtungen sind energiesparende Heizungs- und Elektrizitätsanlagen vorzusehen
- Bauverbote für Stahl- oder Glaspaläste
- Klimaanlage nur dort, wo unumgänglich nötig

d) des Verkehrs

- Einschränkung des Fernstraßen-Neubauprogramms zugunsten eines verstärkten Ausbaus des öffentlichen Fernverkehrs
- Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer
- Umwandlung der Kilometerpauschale in eine allgemeine Entfernungspauschale zur Motivierung von Fahrgemeinschaften und als Anreiz von Fahrgemeinschaften und als Anreiz zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel
- verbindliche Vorgaben für Benzineinsparungen (sofortige Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen und Bundesstraßen)
- Konzeption mit dem Ziel der Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und damit der Begrenzung des Individualverkehrs
- bessere Bedingungen für Radfahrer - Ausbau des Radwegenetzes
- Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Bundesbahn gegenüber dem Luftverkehr
- Beendigung der aus konjunkturpolitischen Gründen bestehenden vorrangigen Förderung des Autos

2. Auf dem Gebiet eines sinnvollen Energieeinsatzes

- Verwendung der richtigen Energieart für den richtigen Zweck (Einsatz Öl-Elektrizität nur da, wo unbedingt erforderlich)
- Einführung integrierter örtlicher Versorgungskonzepte zum rationalen Einsatz leitungsgebundener Energien
- Umgestaltung der Stromtarife (Staffelung nach Zeit und Menge: Abschaffung der Grundgebühr)
- Wärmekraftkoppelung
- beschleunigte Einführung neuer Umweltfreundlicher Kohletechnologien
- Einrichtung von öffentlichen Energieberatungsstellen
- Errichtung dezentraler Energieversorgungssysteme für Strom- und Wärmeerzeugung
- Einführung der Sommerzeit

3. Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Energiequellen

Abgesehen davon, daß in der Rationalisierung der Energienutzung die naheliegendste und wirksamste alternative Energiequelle liegt, soll für die Forschung folgende Prioritätsliste gelten:

- Sonnenkollektorensysteme
- kleine Sonnenheizkraftwerke
- Wasserkraftwerke
- Biomasse-Konversion
- Energiegewinnung aus Müll
- Energiegewinnung aus Windkraftanlagen
- Erforschung besserer Energiespeicher
- Zur Forschungsförderung sind verstärkt Mittel einzusetzen, die bislang für die Entwicklung der Kernenergie vorgesehen sind. Dabei darf die Reaktorsicherheitsforschung nicht vernachlässigt werden.

4. Öffentliche Planung und Kontrolle

Um die Konkurrenz im Energiesektor und die Verschwendung der Energie abzuwenden, ist eine uneingeschränkte öffentliche Planung und Kontrolle des Energiebereichs erforderlich.

III

Kohle

Für die Deckung des zusätzlichen Strombedarfs, der trotz dieser vorgeschlagenen Maßnahmen voraussichtlich auftreten wird, hat der Einsatz von Kohle entsprechend dem Hamburger Bundesparteitagsbeschluß und den Beschlüssen der Hamburger Sozialdemokraten auch weiterhin oberste Priorität.

IV

Kernenergie

Im Bereich der Kernenergie fordern wir

1. keine weiteren Bau- und Betriebsgenehmigungen für Kernkraftwerke zu erteilen. Die derzeit noch betriebsfähigen Kernkraftwerke sind nach einer angemessenen Übergangszeit außer Betrieb zu setzen;
2. da die Umweltschäden von Wiederaufbereitungsanlagen sowie die Transportprobleme von Brennelementen zu hoch sind, den Antrag der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) auf Genehmigung der Wiederaufbereitungsanlage bei Gorleben abzulehnen und auch keinen anderen Standort zuzulassen. Stattdessen empfehlen wir die vorläufige, rückholbare Lagerung der verbrauchten Brennelemente und die Entwicklung eines möglichst sicheren Endlagerungskonzeptes ohne Wiederaufbereitung;
3. aufgrund der Gefahren von Plutonium und den Problemen, die bei schnellen Brutreaktoren gegeben sind, das Brüter-Projekt in Kalkar abzubrechen und die Förderung weiterer Brutreaktoren zu beenden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die von ihr geschlossenen internationalen Verträge zur Kommerzialisierung des schnellen Brütters zu lösen;
4. ein generelles Exportverbot für Kernanlagen.